

Schulszene Schweiz

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **80 (1993)**

Heft 5: **Videoarbeit im Unterricht**

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Schulszene Schweiz

Maturitäts-Verordnung erfährt breite Kritik

Die Vorschläge einer neuen Maturitäts-Anerkennungs-Verordnung (MAV) stossen auf teils massive Kritik: Die Naturwissenschaften kämen zu kurz, es drohe die Gefahr der «Billigmatur» und einer Ausbildungs-Niveausenkung, warnen Lehrer-, Universitäts- und Wirtschaftsverbände, Parteien und Kantone in ihren Vernehmlassungen. Zustimmung finden die Reformvorschläge dagegen bei Studentenorganisationen und Jungparteien.

Die konkreten Neuerungen, vor allem das vorgesehene System von Pflicht- und Wahlfächern, wecken Ängste vor einer Abwertung der Natur- und Wirtschaftswissenschaften. Der Gymnasiallehrerverein, verschiedene Hochschulen, Wissenschafts- und Wirtschaftsverbände befürchten, dass sich Maturanden durch die Auswahlmöglichkeiten weitgehend um die bisher von allen Maturatypen verlangten Fächer Physik, Chemie, Biologie und Geographie drücken könnten. Sinkende Anforderungen führten aber zur Einführung eines Numerus clausus.

Bei den Bundesratsparteien drängen vor allem FDP und SVP auf eine Aufwertung der natur- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächer. Die SP spricht sich für die Ergänzung des Maturitäts-Fächerkanons durch Wirtschaft, Recht und Soziologie aus. Die CVP tritt für eine Ausweitung des religiös-ethischen Bereichs ein.

Hochschulkonferenz meldet Vorbehalte zur vorgeschlagenen Gymnasial-Reform an

Die Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK) hält den Reglementsentwurf für die kantonale Maturitätsanerkennung noch für zu einseitig. Das für die Hochschulreife nötige Bildungsniveau sei nicht bei allen Fächerkombinationen gewährleistet.

Die Hochschulkonferenz äusserte sich grundsätzlich positiv zu den Grundsätzen des Reglementsentwurfs. Schlüsselement sei das Maturitätszeugnis als Ausweis für die «allgemeine Hochschulreife». Diese Hochschulreife setze ein Bildungsniveau voraus, das Grundkenntnisse in den drei Bereichen Sprachen und Geschichte, Naturwissenschaften und Mathematik sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften umfasse.

Mit Blick auf diese Grundbedingungen gewährleisteten im geplanten Reglement nicht alle Fächerkombinationen eine «breit gefächerte, ausgewogene und kohärente

Bildung», die zum Hochschulstudium befähige: Alle heute anerkannten Maturitätstypen umfassten obligatorisch die Fächer Geographie, Physik, Chemie und Naturwissenschaften, schreibt die Konferenz. Diese Fächer würden nun im Entwurf auf die Ebene fakultativer Disziplinen herabgesetzt, die kombiniert werden, beziehungsweise Gegenstand eines Integrationsfachs bilden könnten. Die Hochschulkonferenz schlägt deshalb vor, aus den Fächern Geographie, Physik, Chemie und Naturwissenschaften wahlweise zwei unter die Mindestanforderungen einzureihen und wie die übrigen vier Maturitätsfächer zu unterrichten.

Das Konzept lege im weiteren den Schwerpunkt einseitig auf Sprachen und Geschichte, während die Naturwissenschaften und die Mathematik wie auch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu kurz kämen. Auch bestehe das Risiko, dass die Landessprachen insbesondere auf Kosten des Englischen eine allzu grosse Bedeutung erhielten. Das Obligatorium eines zweijährigen Kurses in der dritten Landessprache belaste zudem das gymnasiale Curriculum auf Kosten anderer Fächer. Mit der Berücksichtigung wirtschaftswissenschaftlicher Aspekte im Geschichtsunterricht könnte dessen Übergewicht im Vergleich zu andern geisteswissenschaftlichen Disziplinen ausgeglichen werden.

Kritik der Hochschuldozenten an der Maturitäts-Verordnung

Die neue Maturitäts-Anforderungsverordnung (MAV) enthält nach Ansicht der Vereinigung schweizerischer Hochschuldozenten gute Elemente, muss aber verbessert werden. Die vorgeschlagenen Reformen dürfen nicht zu Qualitätsverlust in der Maturitätsausbildung führen, unterstreichen die Dozenten in ihrer Vernehmlassung.

Die Vereinigung stimmt dem in der MAV festgelegten Bildungsziel der Hochschulreife zu, ebenso der Beschränkung der Minimalschuldauer bis zur Matur auf zwölf Jahre. Sie ist im Prinzip auch einverstanden mit einer Kombination von Pflicht- und Wahlfächern. Die Dozenten teilen aber die Besorgnis der Lehrer für Mathematik- und Naturwissenschaften, wonach die vorgeschlagenen Reformen die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer zu kurz kommen könnten. Daher sollten bei den Wahlfächern die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer aufgewertet werden. Die vorgeschlagene Benotung einer interdisziplinären Arbeit als Maturnote wird ebenso abgelehnt wie das Obligatorium einer dritten Landessprache.

Am Weltgipfel in Rio de Janeiro haben es die Minister verkündet, der Club of Rome-Bericht sagt es eindeutig: Die Bildungs- und Informationsanstrengungen müssen verstärkt werden, wenn der Planet Erde überleben will. Eine Umfrage unter den Mitgliedern des Forums «Schule für eine Welt» zeigt ein anderes Bild: Sowohl private Organisationen wie kantonale Bildungsstellen werden auf 1994 Kürzungen hinnehmen müssen, die besonders auch neue Aufgabenbereiche treffen.

Die wichtige Rolle der Bildung und Information im Bereich «Umwelt und Entwicklung» wird anerkannt. Dennoch sind gerade diese Aufgabenbereiche von den Sparmassnahmen der Kantone und privater Organisationen betroffen. Wie eine Umfrage unter den Mitgliedern des Forums «Schule für eine Welt» zeigt, ist ab 1994 mit dem Abbau von Dienstleistungen zu rechnen. Die privaten Organisationen versuchen, einzelne Bereiche der Bildungsarbeit an die Kantone abzutreten, die ihrerseits aus finanziellen Gründen kaum mehr neue Aufgaben zu übernehmen bereit sind. Die Mitgliederversammlung des Forums ruft Bund, Kantone und private Organisationen auf, ihre Bildungsanstrengungen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung und eine interkulturelle Erziehung fortzusetzen und nicht auf Kosten kurzfristiger Überlegungen einzuschränken.

Blick über den Zaun

Verkürzt Deutschland das Gymnasium?

Die Diskussion um eine Verkürzung der 13jährigen Schulzeit auf Kosten des Gymnasiums geht weiter. Wie berichtet hatten sich die Ministerpräsidenten der Bundesländer am vergangenen Donnerstag in Bonn getroffen, um über den künftigen Kurs der deutschen Bildungspolitik zu beraten. Neben dem Thema Hochschulreform ging es erneut darum, die neunte Klasse des Gymnasiums abzuschaffen, wie es einige Bundesländer – darunter fast alle ostdeutschen und neuerdings Oskar Lafontaine sowie Bundeskanzler Kohl – fordern. Hauptmotiv: Einsparungen. Das Gremium beschloss, die Kultusminister zu beauftragen, bis Ende 1994 einen Entscheidungsvorschlag in der Frage der gymnasialen Schulzeit zu erarbeiten.

Bayerns Kultusminister Hans Zehetmair, der als entschiedener Gegner der Streichung des 13. Schuljahres bekannt ist, präzisierte am Freitag, dies sei keine Festlegung in der Sache, sondern lediglich der Auftrag zur Klärung. Er könne sich aber nach wie vor keinen Reim darauf machen, wie eine solche Kürzung ohne Qualitätsverlust bewerkstelligt werden könnte.
Süddeutsche Zeitung, 29.3.1993

Schlaglicht

Schon bald Numerus clausus an den Hochschulen?

**«90 000 Studierende teilen sich heute die knappen Plätze an den Schweizer Universitäten. Überfüllte Hörsäle und mangelhafte Betreuung sind die Folgen. Eine Zulassungsbeschränkung soll Abhilfe schaffen. Doch die Betroffenen befürchten das Ende der Studienfreiheit und einen Siegeszug der Ellböglern.»
(Der schweizerische Beobachter; Nr. 9/93, S. 13)**

Nun wird wieder von Zulassungsbeschränkungen, vom «Numerus clausus» an den Hochschulen gesprochen. Das Gespenst aus den 70er Jahren ist in den Neunzigern schon beinahe salonfähig geworden.

Die Diskussionen der letzten Jahre um die Entwicklung unseres Bildungswesens sind aber in ganz andere Richtungen gelaufen: Nicht allein der Bericht der OECD hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass die Schweiz im Vergleich zu den anderen Ländern Europas mit ungefähr 18% eine sehr tiefe Maturandenquote hat. Und die wirtschaftliche Entwicklung zeigt, dass ein zunehmender Bedarf an höher qualifizierten Fachkräften, auch HochschulabsolventInnen besteht. Dazu passt, dass erst vor kurzem der Bundesrat die Beschränkungen für ausländische SpezialistInnen gelockert hat.

Aber nirgends höre ich, dass ernsthaft und konkret über einen Ausbau unserer Hochschulen nachgedacht wird. Sollen jetzt Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen das geeignete Mittel sein zur Lösung der Probleme? Die Erfahrungen in Deutschland könnten uns lehren, dass es nicht so ist.

Weshalb aber wird nur über Beschränkungen und nicht über einen Ausbau geredet – gerade auch jetzt, bei Finanznot und wirtschaftlicher Rezession? Das Bildungswesen ist ein Bereich, in dem sich antizyklisches Verhalten lohnt, denn Bildungsinvestitionen in schlechten Zeiten zahlen sich doppelt aus.